Gemeinde Kall Der Bürgermeister	Vorlagen-Nr. 56/2026	öffentliche Sitzung
Vorlage erstellt: 26.02.2026	Federführung: 2.2	TL: Herr Schatten SB: Herr Margraff

Mitzeichnung durch:	Bürgermeister	Allg. Vertreter
Teamleiter/in	Sachbearbeiter/in	Kämmerer, wenn haushaltsrechtl. Auswirkungen:

Haushaltsmäßige Auswirkungen:

X Vorlage berührt nicht den Haushalt.

Mittel verfügbar bei Euro

über-/außerplanmäßige Aufwendungen/ Auszahlungen erforderlich bei Euro
Deckung erfolgt durch

Freiwillige Leistung der Gemeinde

Gremium	**Termin**	
Bauausschuss	10.03.2026	beschließend

Weihnachtsbeleuchtung in Kall
hier: Antrag der Fraktionen SPD und FDP vom 26.01.2026

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, für die Ortslage Kall eine Weihnachtsbeleuchtung in LED-Technik anzuschaffen.
Sie sollte die Bahnhofstraße (inklusive Bahnhofsvorplatz), die Aachener Straße (von „Peter-Pan-Kreisel“ über den Kirchberg bis zum „Piehler-Kreisel“) und gegebenenfalls die Hindenburgstraße umfassen.
Im Gewerbegebiet wäre eine Beleuchtung vom „Brucker-Kreisel“ bis zum „Obi-Kreisel“ wünschenswert.

Sachdarstellung:

Gemäß Antrag der Fraktionen SPD und FPD vom 26.01.2026 kam aus der Kaller Bürgerschaft in der Weihnachtszeit recht häufig die Anfrage, warum Kall auf dem neuen Bahnhofsvorplatz und in der wiederhergestellten Bahnhofsstraße keine öffentliche Weihnachtsbeleuchtung hat.
Aus diesem Grund soll eine Weihnachtsbeleuchtung für verschiedene Straßenzüge angeschafft werden.

Aus Sicht der Verwaltung ist es zwingend erforderlich, vor Anschaffung einer Weihnachtsbeleuchtung ein Konzept in Abhängigkeit der zu beleuchtenden Straßenzüge, der unterschiedlichen vorhandenen Leuchtentypen sowie der Art der Weihnachtsbeleuchtung zu erstellen.
Erst nach Aufstellen eines Konzeptes können Investitions- und Folgekosten abgeschätzt werden.

Die im Antrag aufgeführten Kosten in Höhe von 25.000,00 € erscheinen für die gewünschten Straßenzüge, insbesondere in Anbetracht einer Umrüstung der vorhandenen Straßenbeleuchtung, deutlich zu gering angesetzt.

Die Verwaltung weist darauf hin, dass aufgrund ohnehin überlasteter Personalkapazitäten eine Umsetzung dieser Maßnahme nur möglich ist, wenn andere Wiederaufbau-Projekte zurückgestellt werden.

Der Antrag der Fraktionen SPD und FDP ist dieser Vorlage als Anlage beigefügt.